(Vom 25. April 1924.)

Dem vom Staatsrat des Kantons Neuenburg am 1. April 1924 gefassten Beschluss über die Ausübung des Fischereirechtes in der Alten Zihl wird die Genehmigung erteilt.

Es werden folgende Bundesbeiträge bewilligt:

1. dem Kanton Zürich an die auf Fr. 125,000 veranschlagten Kosten der Entwässerung in der Gemeinde Illnau, Bezirk Pfäffikon, 25 0/0, im Maximum Fr. 31,250;
2. dem Kanton Graubünden an die auf Fr. 70,000 veranschlagten Kosten der Erstellung einer Kolmatierungs- und Bewässerungsleitung zum Anschlemmgebiet „Altes Rheinsand“, in der Gemeinde Maienfeld, 25 0/0, im Maximum Fr. 17,500;
3. dem Kanton Aargau an die zu Fr. 68,000 veranschlagten Kosten einer Entwässerung und der Erstellung eines Wirtschaftsweges in den „Zinsmatten“, Gemeinde Hägglingen, 25 0/0, im Maximum Fr. 17,000.

Als Kontrollingenieur I. Klasse für Bahnbau und Unterhalt wird gewählt: Herr Max Wiesendanger, diplomierter Ingenieur, von Genf.

Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

Amtliches Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung.

Abonnementseinladung.

Der Bezugspreis für das amtliche stenographische Bulletin beträgt, die Postgebühr eingerechnet, in der Schweiz **10 Franken** im Jahr. Im übrigen Postvereinsgebiet ist der Bezugspreis samt Postgebühr **14 Franken**.

Das stenographische Bulletin enthält die Verhandlungsberichte über Bundesgesetze und allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse sowie über andere Geschäfte, sofern einer der Räte die stenographische Aufnahme oder Drucklegung beschliesst.

Das stenographische Bulletin wird jeweilen kurz nach Sessionsschluss in Heften mit Umschlag, Inhaltsverzeichnis und Rednerliste geliefert. Dem Dezemberheft wird überdies das Jahresinhaltsverzeichnis sowie die Jahresrednerliste beigegeben.

In der Schweiz kann nur bei den Postanstalten abonniert werden. Aus andern Staaten sind Bestellungen unmittelbar der Expedition „Buchdruckerei Pochon-Jent & Bühler“ in Bern einzureichen. Einzelne Sessionshefte sowie frühere Jahrgänge des stenographischen Bulletins können beim unterzeichneten Sekretariat bezogen werden.

Inhalt der März/Aprilhefte.

Nationalrat.

(Preis 3 Fr.)

- Opiumkonvention. Ratifikation.
- Bundesgesetz über Betäubungsmittel.
- Postverkehrsgesetz. (Differenzen.)
- Auslieferungsvertrag mit Uruguay.
- Deutsche Lebensversicherungsgesellschaften. Hilfsaktion für die Versicherten.
- Vermögen fremder Staaten. Arrest und Zwangsvollstreckungsmassnahmen.
- Änderung und Ergänzung des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes. (Schlussabstimmung.)
- Arbeitslosenversicherung. Bundesgesetz.

Ständerat.

(Preis 1 Fr.)

- Deutsche Lebensversicherungsgesellschaften. Hilfsaktion für die Versicherten.
- Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr. Bundesgesetz. (Fortsetzung.)
- Änderung und Ergänzung des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes. (Schlussabstimmung.)
- Postverkehrsgesetz. (Differenzen.)
- Auslieferungsvertrag mit Uruguay.

Sekretariat der Bundesversammlung.

Rückgabe der Kautions an den Deutschen Lloyd, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin.

Der Deutsche Lloyd, Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin, hat auf die Konzession der von ihm in der Schweiz betriebenen Transportversicherung verzichtet und die laufenden Verträge abgewickelt. Die Direktion des „Deutschen Lloyd“ erklärt, dass sie ihre Verbindlichkeiten aus dem Schweizergeschäft vollkommen erfüllt habe, und stellt das Gesuch um Rückerstattung der bei der Schweizerischen Nationalbank hinterlegten Kautions im Nominalbetrage von Fr. 78,000.—

Gemäss Art. 9, Abs. 3, des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 25. Juni 1885 wird das Begehren des „Deutschen Lloyd“ öffentlich bekanntgemacht. Einsprachen gegen die Herausgabe der Kautions sind mit Begründung bis zum **31. Oktober 1924** dem eidgenössischen Versicherungsamte in Bern einzureichen.

Bern, den 26. April 1924.

(3.).

Eidgenössisches Versicherungsamt.

Nachtrag zum Verzeichnis*)

der

Geldinstitute und Genossenschaften, die gemäss Art. 885 ZGB und Verordnung vom 30. Oktober 1917 betreffend die Viehverpfändung befugt sind, im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft als Pfandgläubiger Viehverschreibungsverträge abzuschliessen:

Kanton Bern.

Neue Ermächtigung.

23. Darlehenskasse Unterseen.

Bern, den 24. April 1924.

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.

*) Siehe Bundesblatt 1918, III, 494 ff.

Verschollenheitsruf.

Das Bezirksgericht St. Gallen, 2. Abteilung, hat am 24. März 1924 auf das Begehren des Waisenamtes St. Gallen hin die Einleitung des Verschollenheitsverfahrens beschlossen über Rosalia Anna **Hausknecht**, geboren 13. Juli 1803 in Obitz, Böhmen, angebliche Tochter des Johannes Hausknecht, geboren 1773, von St. Gallen, und der Franziska geb. Benda, geboren 21. November 1769, von Stankau, Böhmen.

Jedermann, der über die Vermisste Nachrichten geben kann, wird aufgefordert, sich beim Bezirksgerichtspräsidium St. Gallen zu melden, andernfalls innert Jahresfrist seit heute die Verschollenheitserklärung ergehen wird.

St. Gallen, den 31. März 1924.

(3.).

Bezirksgerichtskanzlei St. Gallen.

Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1924
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	18
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.04.1924
Date	
Data	
Seite	736-738
Page	
Pagina	
Ref. No	10 029 032

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.